Man muss nicht immer das letzte Wort haben.

Waren Sie schon einmal in einen Gerichtsprozess verwickelt? Wenn ja, wissen Sie bestimmt, wovon ich spreche, wenn ich die Prozessdauer – etwas polemisch – als «ewig» bezeichne. Die lange Dauer eines gerichtlichen Verfahrens ist für die Parteien belastend. Die Gründe hierfür sind mannigfaltig. An dieser Stelle soll nur ein Aspekt dieses Problems etwas näher beleuchtet werden: Das Bundesgericht hat (nach einer Rüge durch den europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg vor einigen Jahren) das «ewige» Replikrecht begründet. Darüber sei nach-gedacht:

Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs zählt zu den zentralen verfahrensrechtlichen Garantien. Zum einen dient das rechtliche Gehör dazu, der «materiellen Wahrheit» zum Durchbruch zu verhelfen oder anders gesagt, soll trotz unterschiedlicher Positionen der Parteien zur «nackten Wahrheit» vorgedrungen werden. Zum anderen stellt das rechtliche Gehör sicher, dass beide Streitparteien dieselben prozessualen Mitwirkungsrechte haben und somit «Waffengleichheit» zwischen ihnen besteht. In einem Zivilprozess ist es so, dass beide Parteien je zwei Mal ihren Standpunkt darlegen dürfen: Bei der Klägerin sind das die Klage und die Replik, beim Beklagten die Klageantwort und die Duplik. Vor der angesprochenen bundesgerichtlichen Rechtsprechung trat nach diesen vier Rechtsschriften der so genannte Aktenschluss ein. Das neu geschaffene «ewige Replikrecht» räumt nun jeder Partei einen unbedingten Anspruch ein, zu sämtlichen Eingaben der Gegenpartei Stellung zu nehmen, falls sie dies wünschen.

Was hier harmlos anmutet, hat für den Prozess erhebliche Konsequenzen. Zwar weist das Bundesgericht darauf hin, dass es den Parteien überlassen bleibt, ob sie sich zu einer Eingabe der Gegenpartei äussern mögen oder nicht. Es ist daher auch von einem «freiwilligen Replikrecht» die Rede. Aus Sicht des Rechtsanwalts

und der von ihm vertretenen Partei sieht die Sache aber etwas weniger gemütlich aus. Ihnen stellt sich nämlich die Frage, ob man die letzte Eingabe der Gegenpartei, die – nach eigener Ansicht – wiederum alles verdreht, unrichtig und unvollständig darstellt und gar Unwahrheiten in den Raum stellt, einfach so unwidersprochen stehen lassen und darauf vertrauen soll, dass das Gericht schon der richtigen (sprich eigenen) Version folgen und zum Durchbruch verhelfen wird. Andererseits besteht die Befürchtung, dass ein Gericht «Unwidersprochenes» als anerkannt betrachten wird, was für die eigene Position verheerend sein kann.

Diese Ausgangslage führt dazu, dass beide Seiten in der Regel geneigt sein dürften, auf die letzte Eingabe der Gegenseite mit einer weiteren eigenen Rechtsschrift zu reagieren, was dann wieder eine nächste Eingabe der Gegenseite provozieren dürfte. Und so weiter und so fort – bis in alle Ewigkeit. Damit sei nicht gesagt, dass die Rechtsprechung des Bundesgerichts falsch sei, zumal sie – was ohne Weiteres einleuchtet – bloss die Waffengleichheit der beiden Parteien sicherstellt. Verfahren werden dadurch aber immer weiter in die Länge gezogen und damit einhergehend auch immer kostspieliger.

Sie werden mich nun fragen: Was schlagen Sie vor? Wie ist damit umzugehen? Ein Patentrezept existiert nicht. Wir versuchen, das ewige Replikrecht mit Augenmass einzusetzen und uns nur zu Dingen zu äussern, die rechtlich Relevanz haben und die – unwidersprochen – erhebliche negative Auswirkungen auf die Rechtsposition der Klientschaft haben können. Dass diese Abwägung jeweils schwierig ist, liegt auf der Hand! Im Prozess ist es aber wie bei jeder Auseinandersetzung: Die besseren Argumente zählen. Man muss nicht immer das letzte Wort haben.

Dr. Rainer Wey